S 72 KR 2122/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg
Sozialgericht Sozialgericht Berlin
Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 72
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 72 KR 2122/00

Datum 06.07.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 9 KR 746/01 Datum 30.06.2004

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des Kl \tilde{A} ¤gers gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 06. Juli 2001 wird zur \tilde{A} ½ckgewiesen. Kosten sind auch f \tilde{A} ½r das Berufungsverfahren nicht zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten über die Verpflichtung des Klägers, als ehemaliger persönlich haftender Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft von dieser geschuldete Gesamtsozialversicherungsbeiträge nebst Säumniszuschlägen und Kosten in Höhe von insgesamt 1.702,82 DM / 870,64 Euro zu zahlen.

Der 1951 geborene KlĤger war ab dem 21. MĤrz 1997 einziger persĶnlich haftender Gesellschafter (KomplementĤr) der P Garten- und Landschaftsbau KG. Fļr diese Gesellschaft wurden bei der Beklagten M O für die Zeit vom 12. bis zum 30. Oktober 1998 sowie M M vom 20. Oktober bis zum 30. November 1998 als BeschĤftigte angemeldet. Die für sie anfallenden

GesamtsozialversicherungsbeitrĤge in Höhe von 1.495,92 DM (Oktober: 971,20 DM und November 524,72 DM) zahlte die Kommanditgesellschaft nicht. Unter dem 08. Januar 1999 meldeten der KlĤger und der bis dahin als Kommanditist der

Gesellschaft auftretende M P u.a. das Ausscheiden des Klägers aus der Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter, das Eintreten des M P in diese Rolle sowie das Eintreten des Klägers als Kommanditist in die Gesellschaft zur Eintragung im Handelsregister an (Urkundenrolle-Nr. 6/1999 des Notars D G. Ob eine Eintragung und Bekanntmachung tatsächlich erfolgte, steht nicht fest.

Nachdem ein Zwangsvollstreckungsversuch bei der Kommanditgesellschaft erfolglos geblieben und der Gerichtsvollzieher der Beklagten hierfA¹/₄r 21,30 DM in Rechnung gestellt hatte, teilte diese dem Kläger mit Bescheid vom 23. August 1999 mit, dass er als Komplementär persönlich für die von der P Garten- und Landschaftsbau KG geschuldeten BeitrÄxge hafte. Mit Bescheid vom 15. Dezember 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17. Juli 2000 forderte sie ihn auf, rückständige Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 1.495,92 DM zzgl. der darauf entfallenden SĤumniszuschlĤge (177,00 DM), Verwaltungsgebļhren (8,60 DM) und Kosten des Beitragseinzuges (21,30 DM), mithin insgesamt 1.702,82 DM zu zahlen. Zur Begründung führte sie aus, dass die durch Ablehnung des Insolvenzantrages mangels Masse am 28. Juli 1999 erloschene Firma P Garten- und Landschaftsbau KG nach § 28 e Abs. 1 Satz 1 des Vierten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB IV) als Arbeitgeberin Beitragsschuldnerin des Gesamtsozialversicherungsbeitrages sei. Er hingegen sei in der Zeit, in der die Beitragsforderung entstanden sei, persĶnlich haftender Gesellschafter der Firma gewesen. Seine Haftung für die nicht abgeführten GesamtsozialversicherungsbeitrÄxge ergebe sich aus <u>§ 161 Handelsgesetzbuch</u> (HGB) in Verbindung mit § 128 HGB. Mit seinem Ausscheiden aus der Gesellschaft habe seine Haftung nicht geendet, da ausscheidende Gesellschafter nach § 160 HGB für die bis dahin begründeten Verbindlichkeiten weiterhin hafteten. Bei öffentlich-rechtlichen Verbindlichkeiten genüge für die Geltendmachung der Erlass eines Verwaltungsaktes. Aus § 613 a Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) lasse sich eine Haftung des Betriebsübernehmers fþr rückstÃxndige SozialversicherungsbeitrÃxge des alten Betriebsinhabers nicht herleiten. Der Betriebsübernehmer hafte nicht für rückständige Beiträge, die vor seiner Betriebsübernahme fÃxIlig gewesen seien. Auch § 25 HGB spreche nicht gegen eine Haftung des KlĤgers. Nach dieser Vorschrift hafte der Erwerber gesamtschuldnerisch neben dem VerĤuÄ∏erer, sofern keine HaftungsbeschrÄxnkung im Sinne des <u>§ 25 Abs. 2 HGB</u> vereinbart und im Handelsregister eingetragen worden sei. Eine derartige Regelung sei weder ersichtlich noch werde sie von dem KlÄger vorgetragen.

Die dagegen gerichtete Klage hat das Sozialgericht mit Urteil vom 06. Juli 2001 unter Hinweis auf die Grýnde des Widerspruchsbescheides abgewiesen. Der Einwand des Klägers, sein Rechtsnachfolger in der Gesellschaft hätte sich verpflichtet, die Gesellschaftsschulden zu Ã⅓bernehmen, sei nicht erheblich. Eine Ã□bernahme der Verbindlichkeiten des persönlich haftenden Gesellschafters einer Kommanditgesellschaft durch den Erwerber der Gesellschaft beseitige die Haftung des VeräuÃ□erers nicht, vielmehr hafteten sie beide für die so genannten Altschulden gesamtschuldnerisch, so dass jeder beliebig vom Gläubiger in Anspruch genommen werden könne.

Gegen dieses ihm am 16. August 2001 zugestellte Urteil richtet sich die von dem KlÃxger am 11. September 2001 eingelegte Berufung. Zur BegrÃxndung fÃxhrt er aus, dass es sich bei der Ãxbernahme der Gesellschaft um eine solche nach x 25 HGB ohne jedwede Sondervereinbarungen gehandelt habe. Er meint, daraus folge, dass der Erwerber auch fÃx fx ltere Verbindlichkeiten der Gesellschaft allein hafte, da auch nur er berechtigt sei, ausstehende Forderungen beizutreiben, die in der Zeit vor der Gesellschaftsx

Der KlAxger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 06. Juli 2001 und den Bescheid der Beklagten vom 15. Dezember 1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17. Juli 2000 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie hält das angegriffene Urteil für zutreffend. Ergänzend trägt sie vor, dass Rechtsfolge einer Geschäfts- und Firmenfortführung nach § 25 Abs. 1 HGB ein gesetzlicher Schuldbeitritt sei, d.h. der Erwerber kraft Gesetzes als Gesamtschuldner neben dem VeräuÃ□erer hafte. Dadurch entfalle die Haftung des Klägers jedoch nicht. Es bestehe auch kein Anspruch des Klägers darauf, dass zunächst der neue Gesellschafter für die vor der Geschäftsübernahme fällig gewordenen Gesamtsozialversicherungsbeiträge in Anspruch genommen werde.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die zwischen den Beteiligten gewechselten SchriftsĤtze nebst Anlagen, den sonstigen Inhalt der Gerichtsakte und auf die Verwaltungsakten der Beklagten verwiesen, die dem Senat vorgelegen haben und Gegenstand der mündlichen Verhandlung und der Entscheidung gewesen sind.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung ist zulĤssig, jedoch nicht begrļndet. Das angegriffene Urteil des Sozialgerichts Berlin ist nicht zu beanstanden.

Der den Bescheid vom 23. August 1999 ersetzende, als Haftungsbescheid im Sinne der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (vgl. Urteile vom 08.12.1999, â B 12 KR 10/98 R und B 12 KR 18/99 R -, BSG SozR 3-2400 § 28 e Nrn. 1 und 2) zu qualifizierende Bescheid der Beklagten vom 15. Dezember 1999 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 17. Juli 2000 ist rechtmÃxà ig und verletzt den KlÃxger nicht in seinen Rechten. Als ehemaliger KomplemantÃxr der P Garten- und Landschaftsbau KG haftet er für die in der Zeit vom 12. Oktober bis zum 30. November 1998 entstandenen GesamtsozialversicherungsbeitrÃxge für die Arbeitnehmer M O und M M in Höhe von 1.495,92 DM / 764,85 Euro nebst SÃxumniszuschlÃxgen in Höhe von 177,00 DM / 90,50 Euro sowie als Verwaltungsgebühren bezeichnete Mahngebühren in Höhe von 8,60 DM / 4,40

Euro und als Kosten des Beitragseinzuges deklarierte Kosten f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r einen erfolglosen Pf \tilde{A} ndungsversuch in H \tilde{A} ¶he von 21,30 DM / 10,89 Euro.

Nach <u>§ 28 e Abs. 1 Satz 1 SGB IV</u> hat der Arbeitgeber den Gesamtsozialversicherungsbeitrag zu zahlen. Arbeitgeberin der beiden BeschÄxftigten war die P Garten- und Landschaftsbau KG. Neben dieser haftete zum Zeitpunkt des Entstehens der Verbindlichkeit nach §Â§ 161 Abs. 2, 128 HGB der KlĤger als jedenfalls damals persĶnlich haftender Gesellschafter der KG. Entgegen seiner Auffassung Äxndert sich an seiner Haftung nicht dadurch etwas, dass er må¶glicherweise seit dem 08. Januar 1999 nicht mehr perså¶nlich haftender Gesellschafter, sondern Kommanditist der Gesellschaft war, und diese zwischenzeitlich nicht mehr existiert. Denn dies würde seine Haftung nicht beseitigen, wie die über <u>§ 161 Abs. 2 HGB</u> anwendbaren Regelungen des <u>§ 159</u> HGB über die Verjährung bei Auflösung der Gesellschaft und des § 160 HGB über die Nachhaftungsbegrenzung bei Ausscheiden zeigen. Denn nach § 159 Abs. 1 HGB verjĤhren die Ansprļche gegen einen Gesellschafter aus Verbindlichkeiten der Gesellschaft in fA¼nf Jahren nach der AuflA¶sung der Gesellschaft, sofern nicht der Anspruch gegen die Gesellschaft einer kürzeren VerjĤhrung unterliegt. <u>ŧ 160 HGB</u> enthĤlt hingegen eine zeitliche Begrenzung der Haftung des ausgeschiedenen Gesellschafters. Nach seinem Absatz 1 haftet ein aus der Gesellschaft ausscheidender Gesellschafter fA1/4r ihre bis dahin begründeten Verbindlichkeiten, wenn sie vor Ablauf von fünf Jahren nach dem Ausscheiden fĤllig werden und daraus Ansprļche gegen ihn gerichtlich geltend gemacht sind; bei Ķffentlich-rechtlichen Verbindlichkeiten genļgt für die Geltendmachung der Erlass eines Verwaltungsakts. Absatz 3 Satz 1 sieht schlieà lich vor, dass fà 1/4r einen Gesellschafter, der Kommanditist wird, fà 1/4r die Begrenzung seiner Haftung für die im Zeitpunkt der Eintragung der Ã∏nderung in das Handelsregister begrýndeten Verbindlichkeiten die AbsÃxtze 1 und 2 entsprechend anzuwenden sind. Das hei̸t, dass die Ausschlussfrist auch für den persönlich haftenden Gesellschafter, der Kommanditist wird, gilt. Vorliegend handelt es sich um 1998 entstandene Beitragsschulden, die die Beklagte spĤtestens mit Bescheid vom 15. Dezember 1999 und damit fristgerecht durch Verwaltungsakt geltend gemacht hat.

Entgegen der Ansicht des Klä¤gers folgt auch aus der Regelung des <u>ŧ 25 Abs. 1</u> HGB, nach der derjenige, der ein unter Lebenden erworbenes Handelsgeschä¤ft unter der bisherigen Firma mit oder ohne Beifã¼gung eines das Nachfolgeverhä¤ltnis andeutenden Zusatzes fortfã¼hrt, fã¼r alle im Betriebe des Geschä¤fts begrã¼ndeten Verbindlichkeiten des frã¼heren Inhabers haftet, nichts anderes. Diese Regelung, deren grundsã¤tzliche Anwendbarkeit auf den vorliegenden Fall dahinstehen kann, macht lediglich deutlich, dass der Erwerber zusã¤tzlich fã¼r die vor seinem Eintritt in die Gesellschaft entstandenen Verbindlichkeiten haftet, besagt aber gerade nicht, dass damit die Haftung des frã¼heren Gesellschafters entfiele. Im Gegenteil zeigt bereits <u>ŧ 26 HGB</u>, dass es bei der Ā□bernahme einer Gesellschaft nach <u>ŧ 25 HGB</u> bei der Haftung des VeräuÃ□erers bleibt. Andernfalls würde eine Vorschrift, die die Nachhaftung des VeräuÃ□erers zeitlich begrenzt und in ihrem Regelungsgehalt <u>§ 160 HGB</u> entspricht, keinen Sinn machen.

Auch aus § 613 a BGB kann nichts anderes folgen. Unabhängig davon, ob hier ù¼berhaupt ein Betriebsù¼bergang im Sinne der Norm vorliegt, sieht die Vorschrift jedenfalls lediglich einen Eintritt in die Rechte und Pflichten vor, die sich aus einem zum Zeitpunkt des Ã□bergangs bestehenden Arbeitsverhältnis ergeben. Zu den beiden Beschäftigten O und M bestand aber im Januar 1999 kein Arbeitsverhältnis mehr, vielmehr waren diese lediglich im Oktober / November 1998 bei der Gesellschaft beschäftigt.

Zu Recht hat die Beklagte ferner SĤumniszuschlĤge in rechnerisch nicht zu beanstandender Höhe von 177,00 DM / 90,50 Euro festgesetzt. Nach § 24 Abs. 1 SGB IV sind für Beiträge und Beitragsvorschüsse, die der Zahlungspflichtige nicht bis zum Ablauf des FĤlligkeitstages gezahlt hat, fýr jeden angefangenen Monat der SĤumnis ein SĤumniszuschlag von 1% des rĽckstĤndigen, auf 50 Euro â∏ in der seinerzeit geltenden Fassung auf 100,00 DM â∏ nach unten abgerundeten Betrages zu zahlen. Der Sozialversicherungsbeitrag få¼r Oktober 1998 in Höhe von 971,20 DM war nach <u>§ 23 Abs. 1 Satz 2 SGB IV</u> in Verbindung mit der Satzung der Beklagten spÄxtestens am 15. November 1998, der fļr November 1998 in Höhe von 524,72 DM spätestens am 15. Dezember 1998 fÃxllig. Bis zum Erlass des angefochtenen Bescheides vom 15. Dezember 1999 waren mithin Säumniszuschläge in Höhe von 13 x 9,00 DM sowie 12 x 5,00 DM, insgesamt also 177,00 DM angefallen. Fýr diese haftet der Kläger nach §Â§ 128 , <u>160</u>, <u>161 Abs. 2 HGB</u>. Dass sie zum gro̸en Teil erst zu einem Zeitpunkt fällig geworden sind, zu dem er må¶glicherweise nicht mehr Komplementå¤r der Gesellschaft war, steht dem nicht entgegen. Bereits § 160 Abs. 1 Satz 1 HGB macht deutlich, dass der ausscheidende â∏ bzw. nach Absatz 3 in die Rolle des Kommanditisten wechselnde â∏ Komplementär fþr Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet, die vor seinem Ausscheiden begründet wurden, ohne dass es insoweit auf deren FĤlligkeit ankĤme. Entscheidend fļr das Vorliegen von Altschulden ist vielmehr allein, dass der Rechtsgrund fýr ihr Entstehen vor dem Ausscheiden gelegt wurde. Dass weitere Voraussetzungen ihres Entstehens erst spÄxter erfļllt werden, ist hingegen irrelevant (Baumbach/Hopt, Handelsgesetzbuch, 29. Aufl., 1995, § 128 Rn. 29, vgl. auch Bundesgerichtshof, Urteil vom 27.09.1999 â∏∏ <u>II ZR 356/98</u> â∏∏ <u>NIW 2000, 208</u> ff.). Der Rechtsgrund für die als Annex zur Beitragsschuld anzusehenden Säumniszuschläge wurde jedoch zu einer Zeit gelegt, zu der der Kläager unstreitig Komplementäar der P Garten- und Landschaftsbau KG war. Nichts anderes gilt fýr die weiter gegen den KIäger festgesetzten Mahngebühren in Höhe von 8,60 DM / 4,40 Euro und die Kosten des Beitragseinzuges in HA¶he von 21,30 DM / 10,89 Euro, gegen deren Berechnung EinwĤnde weder erhoben worden noch sonst ersichtlich sind.

Die Kostenentscheidung beruht auf \hat{A} § 193 SGG und folgt dem Ergebnis in der Hauptsache.

Die Revision ist nicht zugelassen worden, weil ein Grund hierf \tilde{A}^{1}_{4} r nach \hat{A} § 160 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGG nicht vorliegt.

Erstellt am: 12.11.2004

Zuletzt verändert am: 23.12.2024